

kmu CHECK

GROSSRATS- MAILING 10/24

{{ contact.BRIEFANREDE }} {{ contact.NACHNAME }},
im Hinblick auf die kommenden Sitzungen des Grossen Rats senden wir Ihnen unsere Stellungnahme. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Empfehlungen in Ihren Fraktionssitzungen sowie im Grossen Rat einbringen. Vielen Dank! Herzlich, Ihr Gewerbeverband Basel-Stadt

[Stellungnahme als PDF](#)

ÜBERSICHT

- ✓ **Traktandum 22:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Michael Hug und Konsorten betreffend mehr Transparenz bei projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen im Kanton Basel-Stadt (24.5021)
- ✗ **Traktandum 23:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Franz-Xaver Leonhardt für einen Neuanfang beim Areal Horburg (24.0518)
- ✗ **Traktandum 30:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds «New Green Deal für Basel» (24.5177)
- ✗ **Traktandum 54:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet (24.5156)
- ✓ **Traktandum 56:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Nicole Strahl-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen (23.5645)
- ✓ **Traktandum 57:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen (23.5591)

✘ **Traktandum 61:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt (24.5144)

✘ **Traktandum 62:** Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine finanziellen Fehlanreize für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen: Anpassung der Motorfahrzeugsteuer (23.5581)

✘ **Traktandum 112:** Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen (24.5277)

✘ **Traktandum 113:** Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte (24.5278)

✘ **Traktandum 115:** Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen (24.5280)

✘ **Traktandum 121:** Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt (24.5333)

✔ **Traktandum 129:** Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes (24.5224)

✔ **Traktandum 130:** Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft (24.5248)

✔ **Traktandum 144:** Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte (24.5270)

Traktandum 22 (24.5021):

Motion Michael Hug und Konsorten betreffend

TRANSPARENZ BEI PROJEKTBEZOGENEN BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSEN IM KANTON BASEL-STADT

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt weiterhin die Forderung nach einem klaren Umgang mit projektbezogenen Anstellungen im Sinne eines effizienten Ressourceneinsatzes und der Vermeidung von unnötigen Stellenüberhängen. Bei der Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Verwaltungswachstum wird deutlich, dass die Personalentwicklung in der Verwaltung im Vergleich zur Einwohnerzahl überproportional verläuft. Die Folgen des überproportionalen Personalwachstums in der Verwaltung wirken sich hierbei unmittelbar auf die Privatwirtschaft aus: Der Lohnunterschied zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor beeinflusst, wie Arbeitskräfte verteilt werden, und sorgt dafür, dass die Löhne im privaten Sektor steigen. In diesem Zusammenhang begrüsst der Gewerbeverband Basel-Stadt die Forderung nach Ausweisung projektbezogener Stellen in der Berichterstattung des Regierungsrates. Dabei soll festgehalten werden, ob

projektbezogene Stellen dauerhaft in den ordentlichen Personalbestand überführt oder die betroffenen Personen anderweitig eingesetzt werden sollen.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Die Offenlegung projektbezogener Stellen in der Berichterstattung des Regierungsrates stellt sicher, dass der Kanton öffentliche Mittel effizient einsetzt und legt offen, in welchem Ausmass der Kanton in Konkurrenz zur Privatwirtschaft tritt.

► Wir bitten Sie, die Motion Michael Hug und Konsorten dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

Traktandum 23 (24.5018):

Motion Franz-Xaver Leonhardt für

EINEN NEUANFANG BEIM AREAL HORBURG

Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist der Überzeugung, dass die Entwicklung des Areals Horburg-Dreirosen auch ohne staatlichen Eingriff möglich ist und lehnt daher die Forderung des Motionärs ab, wonach der Kanton das Areal zunächst erwerben und anschliessend im Baurecht abgeben soll. Die Motion suggeriert zu Unrecht, dass die bei der Arealentwicklung bestehenden Nutzungseinschränkungen, die sich primär aus den Vorgaben des Denkmalschutzes und den Beschränkungen bei der Unterbauung ergeben, keine Wirkung entfalten, wenn der Kanton die Einzelliegenschaft erwirbt und im Baurecht abgibt. Der Gewerbeverband Basel-Stadt befürchtet ferner, dass sich die die Verpflichtung des Kantons zum Flächenerwerb preistreibend auswirkt. Bei Verkaufsbereitschaft könnten die Eigentümer in Kenntnis der Kaufverpflichtung des Kantons einen überhöhten Preis fordern. Im Ergebnis schränkt die Weisung zum Kauf der Einzelliegenschaft den raumplanerischen Handlungsspielraum sowie die Verschuldungsfähigkeit des Kantons am Markt zusätzlich ein und läuft den Grundsätzen einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Bewirtschaftung des Finanzvermögens zuwider.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✗ Die Weisung zum Kauf des Areals schränkt den raumplanerischen Handlungsspielraum des Kantons ein. Dies wirkt sich unmittelbar auch auf die Bereitstellung geeigneter Wirtschaftsflächen aus.

✗ Ein staatlicher Eingriff schafft einen ungünstigen Präzedenzfall, der Investitionsentscheidungen und Entwicklungsvorhaben privater Investoren in Zukunft negativ beeinflussen kann.

► Wir bitten Sie, die Motion Franz-Xaver Leonhardt nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 30 (24.5177):

Motion Anina Ineichen und Konsorten für

EINEN KLIMAFONDS «NEW GREEN DEAL FÜR BASEL»

Der Gewerbeverband Basel-Stadt bekennt sich zum kantonalen Klimaschutzziel, lehnt aber die Einrichtung eines neuen Fonds ab. Im Rahmen des kantonalen Umwelt- und Energiegesetzes stellt der Kanton bereits Mittel für die Dekarbonisierung und den

Klimaschutz zu Verfügung, wobei der Regierungsrat über die zweckmässige Verwendung der Mittel wacht und die verschiedenen Fördermassnahmen regelmässig evaluiert. Die Förderung von Massnahmen mit öffentlichen Mitteln im beantragten Umfang birgt hingegen die Gefahr eines ineffizienten Mitteleinsatzes oder gar einer Verdrängung privater Investitionen. Zudem schränkt die Zweckbindung öffentlicher Mittel den haushaltspolitischen Handlungsspielraum des Regierungsrates weiter ein und erschwert die Setzung finanzpolitischer Prioritäten. Durch die Einrichtung einer Vergabekommission, die über die Verwendung der Mittel entscheidet, wird die Mittelverwendung zudem der parlamentarischen Mitbestimmung entzogen.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Die Einrichtung eines neuen Klimafonds führt zu einer ineffizienten Mittelverwendung und zur Verdrängung privater Investitionen.

✘ Die Zweckbindung öffentlicher Mittel schränkt den finanzpolitischen Spielraum des Regierungsrates ein und erschwert die Prioritätensetzung.

► Wir bitten Sie, die Motion Anina Ineichen und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 54 (24.5156):

Motion Lukas Bollack und Konsorten betreffend

ERHÖHUNG DER BAUMKRONENBEDECKUNG IM SIEDLUNGSGEBIET

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt den Vorschlag ab, dass der Regierungsrat einen verbindlichen Zielwert in Bezug auf die Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet festlegen soll. Erfahrungen aus anderen Schweizer Städten zeigen, dass zur Zielerreichung in der Regel die Erweiterung bestehender Baumschutzzonen, die Festlegung neuer Fällkriterien und die Anordnung grundeigentümergebundener Baumpflanzvorgaben erforderlich sind. Die eben genannten Massnahmen schränken die Handlungs- und Verfügungsfreiheit privater Grundeigentümer weiter ein und stellen aus Sicht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt einen unverhältnismässigen Eingriff in das Eigentum dar. In diesem Zusammenhang weist der Gewerbeverband Basel-Stadt darauf hin, dass die Lebenserwartung und das Wachstum der Bäume aufgrund längerer Trockenperioden und häufigerer Hagel- und Sturmweatherlagen seit einiger Zeit rückläufig sind. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend fortsetzt und durch die fortschreitenden Klimaveränderungen weiter verstärkt wird. Dadurch werden die zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen voraussichtlich restriktiver ausfallen und die Einschränkungen für Grundeigentümer spürbarer werden.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Der Kanton Basel-Stadt verfügt im interkantonalen Vergleich bereits über ein strenges Baumschutzgesetz. Die Einführung weiterer Vorschriften stellt einen unverhältnismässigen Eingriff in die Handlungs- und Verfügungsfreiheit privater Grundeigentümer dar.

► Wir bitten Sie, die Motion Lukas Bollack und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 56 (23.5645):

STROMSPARBONUS FÜR BETRIEBE GERECHT VERTEILEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt befürwortet weiterhin den Vorschlag, dass die Auszahlung des verbrauchsunabhängigen Strompreis-Bonus an Unternehmen sich künftig nach Vollzeitäquivalenz (VZÄ) richten soll. Hiermit wird aus Sicht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt dem Umstand Rechnung getragen, dass Unternehmen in Niedriglohnsektoren, bei denen die Gesamtheit aller Lohnkosten für gewöhnlich tiefer ist wie bei anderen Unternehmen, einen tieferen Betrag aus dem Fonds zurückerhalten wie Unternehmen mit hohen Lohnsummen aber geringem Stromverbrauch. Die Lohn-Obergrenze ist aus Sicht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt zum Ausgleich dieser Ungleichheit unzureichend. Die Haltung des Regierungsrates, dass die Auszahlung nach Beschäftigungsgrad mit einem administrativen Mehraufwand verbunden sei, wird vom Gewerbeverband Basel-Stadt mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass in anderen Städten die Abrechnung von Dienstleistungen ebenfalls nach Vollzeitäquivalenten erfolgt, wobei die Unternehmen meldepflichtig sind. Dieser Mehraufwand wäre im Hinblick auf die gerechtere Verteilung zumutbar und ist im Sinne des Gewerbeverbandes Basel-Stadt.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Der Verteilschlüssel richtet sich künftig nach Vollzeitäquivalenz (VZÄ), was gerechter ist und vor allem auch Unternehmen in energieintensiven Niedriglohnbranchen (i.a. Detailhandel und Gastronomie) nutzt.

► Wir bitten Sie, die Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Traktandum 57 (23.5591):

ABBAU VON HINDERNISSEN BEI DER FÖRDERUNG VON PHOTOVOLTAIK-INSTALLATIONEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Aufhebung der Bestimmungen im kantonalen Bau- und Planungsgesetz, wonach Photovoltaikanlagen in Schutzzonen und Zonen mit Schutzanordnung grundsätzlich unzulässig sind. Dieses Verbot widerspricht den bundesrechtlichen Bestimmungen über die Errichtung von Photovoltaikanlagen und steht einer wirksameren Ausnutzung des vorhandenen Solarpotenzials auf bestehenden Gebäuden entgegen. Daher begrüsst der Gewerbeverband Basel-Stadt, dass der Regierungsrat das Verbot aufheben und die Kriterien für Photovoltaikanlagen in Schutzzonen und Zonen mit Schutzanordnung neu festlegen will. Der Gewerbeverband Basel-Stadt weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass nach der bundesrechtlichen Prioritätenordnung die Interessen der Energienutzung anderen allgemeinen Schutzinteressen vorgehen. Demgemäss bedürfen gestalterische und bauästhetische Auflagen, die die Energienutzung einschränken oder das Anlageprojekt erschweren oder verteuern, einer besonderen Rechtfertigung bzw. Begründung.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Die Aufhebung des Verbots von Photovoltaikanlagen in Schutzzonen trägt zur verbesserten Nutzung des vorhandenen Solarpotenzials auf bestehenden Gebäuden bei.

✓ Der Ausbau der Photovoltaik wird insgesamt gefördert. Davon profitieren Unternehmen, die in der Produktion, Installation und Wartung von Solaranlagen tätig sind.

► Wir bitten Sie, die Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Traktandum 61 (24.5144):

Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend

SCHAFFUNG EINER GESETZLICHEN GRUNDLAGE ZUR EINFÜHRUNG VON FAMILIENERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die Einführung kantonaler Familienergänzungsleistungen ab. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt Familien bereits finanziell mit verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen und fiskalisch mit gezielten Steuererleichterungen. Die verschiedenen Massnahmen und Leistungen sind aufeinander abgestimmt, so dass unerwünschten Zirkelberechnungen und Schwelleneffekten entgegnet wird. Die Einführung einer zusätzlichen Leistung setzt die Revision des bestehenden Systems und die Schaffung zusätzlicher Schnittstellen für die Antragsprüfung und Leistungsauszahlung voraus. Dies wiederum ist mit einem administrativen Mehraufwand und Effizienzverlusten aufgrund des erhöhten Koordinationsbedarfes verbunden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt weist in dem Zusammenhang auch auf die erheblichen Mehrkosten hin, die mit einer Einführung einer zusätzlichen bedarfsabhängigen Leistung verbunden sind und ausschliesslich über Steuererhöhungen finanzierbar wären. Mit Hinblick auf die erwarteten Kostensteigerungen bei anderen Sozialleistungen aufgrund der demografischen Entwicklung bzw. der fortwährenden Überalterung der Bevölkerung ist aus Sicht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt Zurückhaltung bei der Begründung neuer Sozialausgaben geboten.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Die Einführung bedarfsabhängiger Familienergänzungsleistungen verursacht gemäss Schätzungen des Regierungsrates Mehrkosten von CHF 20-50 Millionen. Die Finanzierung dieser Bedarfsleistung über Steuererhöhungen belastet Unternehmen zusätzlich.

✘ Die Auszahlung von Familienergänzungsleistung mindert den Anreiz zum Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit oder zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Dies untergräbt Massnahmen zum Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit.

► Wir bitten Sie, die Motion Oliver Bolliger und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 62 (23.5581):

Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend

ANPASSUNG DER MOTORFAHRZEUGSTEUER

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt den vorliegenden Vorschlag zur Anpassung der Motorfahrzeugsteuer ab. Die Zuweisung der externen Kosten des Fahrzeuggebrauchs auf

jedes einzelnes Fahrzeug ist aufgrund fehlender Berechnungsgrundlagen nur mit grösstmöglichem Aufwand für das Strassenverkehrsamt möglich. Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist daher der Meinung, dass die Motorfahrzeugsteuer weiterhin auf Grössen beruhen soll, die bei der Fahrzeugzulassung bereits registriert werden und den kantonalen Strassenverkehrsämtern ohne weiteren Aufwand über den Fahrzeugausweis zur Verfügung stehen. Der Gewerbeverband Basel-Stadt sieht in einer grössen- und leistungsabhängigen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer ferner einen Zielkonflikt mit den Massnahmen des Kantons zur Förderung der Elektromobilität. Die bisher zugelassenen batterieelektrischen Fahrzeuge haben in der Regel ein höheres Leergewicht und eine höhere Maximalleistung als Verbrennerfahrzeuge und würden aufgrund des Mehrgewichts und der Mehrleistung steuerlich höher belastet. Aus Sicht des Gewerbeverbandes Basel-Stadt wirkt sich dies negativ auf den Entscheid von Privatpersonen und Unternehmen zum Umstieg auf die Elektromobilität aus.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Die grössen- und leistungsabhängige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer wirkt sich aufgrund des technisch bedingten Mehrgewichts und der Mehrleistung von Elektrofahrzeugen negativ auf Unternehmen aus, die bereits Elektrofahrzeuge einsetzen.

► Wir bitten Sie, die Motion Raphael Fuhrer und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 112 (24.5277):

Motion Christine Keller und Konsorten betreffend

ANPASSUNG DES MAXIMALALTERS BEIM ANSPRUCH AUF AUSBILDUNGSBEILAGEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die Forderung nach einer Verlängerung der Ausrichtung von Ausbildungszulagen über das 25. Lebensjahr hinaus ab. Das Familiengesetz regelt die Anspruchsdauer für Ausbildungszulagen abschliessend, weshalb der Kanton die Altersbeschränkung zwingend übernehmen muss. Die Ausrichtung von Ausbildungszulagen über das 25. Altersjahr hinaus entspricht einer weitergehenden Leistung, die ausserhalb der Familienzulagenordnungen geregelt und finanziert werden muss. Der Gewerbeverband Basel-Stadt weist in dem Zusammenhang auch auf das bestehende kantonale Stipendiensystem hin, das jungen Erwachsenen auch nach dem vollendeten 25. Altersjahr einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung bis zum Abschluss einer Ausbildung gewährt, sofern sie die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen. Die Ausbildungsförderung ist bedarfsgerecht, insofern sie nur gewährt wird, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Studierenden unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Eltern unzureichend ist.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Die Verlängerung der Anspruchsdauer für Ausbildungszulagen mindert den Anreiz zum Einstieg in die Erwerbstätigkeit und untergräbt Massnahmen zur Beschleunigung des Übergangs in den Arbeitsmarkt.

✘ Zur Finanzierung der Mehrkosten einer allfälligen Verlängerung der Anspruchsdauer wären Steuererhöhungen erforderlich, wodurch die Unternehmen zusätzlich belastet würden.

► Wir bitten Sie, die Motion Christine Keller und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 113 (24.5278):

Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend

DURCHFÜHRUNG EINER LOHNANALYSE BEI KANTONSANGESTELLTEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt befürwortet eine umfassende Untersuchung der Lohnstrukturen im öffentlichen Sektor, wobei eine Angleichung in beide Richtungen möglich sein soll. Der Gewerbeverband Basel-Stadt weist darauf hin, dass der Medianlohn im öffentlichen Sektor im Durchschnitt über dem Medianlohn in der Privatwirtschaft liegt, wobei das Lohndifferenzial bei Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit niedrigen Löhnen besonders hoch ist. Dieses Lohndifferenzial zwischen öffentlichem und privatem Sektor wirkt sich unmittelbar auf Privatunternehmen aus, da die relativen Gehälter zusammen mit Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit oder Sozialleistungen die Allokation von Humankapital steuern. Für Privatunternehmen erschwert dies die Besetzung offener Stellen. Darüber hinaus üben die hohen Gehälter im öffentlichen Sektor einen Aufwärtsdruck auf die Gehälter in der Privatwirtschaft aus.

kmu-check - Vorteile für KMU:

- ✘ Die Durchführung der Lohnstrukturerhebung kann unter Umständen auch der Erfassung des Lohngefälles zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor dienen. Ein Angleich müsste allerdings in beide Richtungen möglich sein.
- ✘ Die hohen Gehälter im öffentlichen Sektor üben einen Aufwärtsdruck auf die Gehälter in der Privatwirtschaft aus.

► Wir bitten Sie, die Motion Nicola Goepfert und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 115 (24.5280):

Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend

WERKLEITUNGSUMLEGUNGEN UND -BÜNDELUNGEN ZUGUNSTEN VON BÄUMEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die Forderung nach einer pauschalen Priorisierung von Baumpflanzungen bei der Verlegung und Bündelung unterirdischer Werkleitungen entschieden ab. Die Forderung verkennt die Notwendigkeit einer kosteneffizienten Planung, die für die Tragfähigkeit von Infrastrukturprojekten unverzichtbar ist. Die Priorisierung von Baumpflanzungen ist mit erheblichen Mehrkosten verbunden, die in Zeiten beschränkter öffentlicher Mittel und angesichts der bereits hohen Kosten für den Bau und die Verlegung von Werkleitungen unverantwortlich erscheinen. Darüber hinaus ignoriert die Forderung nach einer Priorisierung von Baumpflanzungen die technischen und sicherheitstechnischen Anforderungen, die an Werkleitungen gestellt werden. Die Einhaltung der geltenden Mindestabstandsvorschriften ist für den sicheren Betrieb von Gas-, Wasser- und Fernwärmeleitungen unerlässlich, da Wechselwirkungen zwischen Bäumen und unterirdischen Leitungen regelmässig in Schadensereignissen münden.

kmu-check - Nachteile für KMU:

- ✘ Die Priorisierung von Baumpflanzungen bei der Verlegung und Bündelung unterirdischer

Gas-, Wasser- und Fernwärmeleitungen verursacht Mehrkosten, die letztlich an die Endverbraucher weitergegeben werden.

✘ Die Prioritätenordnung führt zu längeren Projektlaufzeiten und Verzögerungen, die die Fähigkeit der ausführenden Unternehmen zur termingerechten Fertigstellung eines Projektes beeinträchtigen.

► Wir bitten Sie, die Motion Brigitte Kühne und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 121 (24.5333):

Motion Joël Thüring betreffend

AUSBILDUNGSOBLIGATORIUM - ZUR ERHÖHUNG DER ABSCHLUSSQUOTE

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die Forderung nach Einführung einer Ausbildungspflicht bis zur Vollendung des 18. Altersjahres mit Verweis auf die bereits bestehenden Massnahmen zur Unterstützung von Jugendlichen beim Erreichen eines nachobligatorischen Abschlusses ab. Der Verband erachtet die bestehenden Strukturen mit individuellen Fördermassnahmen wie spezifischen Beratungsangeboten, praxisnahen Brückenmodellen und gezieltem Mentoring für ausreichend. Die Einführung einer allgemeinen Ausbildungspflicht birgt aus Sicht des Verbandes zudem die Gefahr, dass Jugendliche mit geringer Motivation unnötig unter Zwang gesetzt werden, ohne dass deren Ausbildungsbereitschaft nachhaltig gefördert wird. In diesem Zusammenhang zeigen die Erfahrungen des Kantons Genf einen merklichen Anstieg der Abbruchquoten bei Jugendlichen, sobald die Ausbildungspflicht mit Erreichen des 18. Altersjahrs entfällt. Obwohl die Jugendlichen im Durchschnitt länger in Ausbildung bleiben, erhöht sich die Zahl der Jugendlichen mit nachobligatorischem Abschluss durch die Einführung der Ausbildungspflicht nur geringfügig.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Durch die Einführung einer Ausbildungspflicht werden Jugendliche in eine Ausbildung gedrängt, ohne dass deren Ausbildungsbereitschaft nachhaltig gefördert wird. Dies wirkt sich langfristig negativ auf die Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt aus.

✘ Die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungspflicht ist für die Unternehmen mit einem Mehraufwand verbunden, da die Einhaltung der Pflicht allenfalls überwacht und zusätzlich dokumentiert werden muss.

► Wir bitten Sie, die Motion Joël Thüring nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 129 (24.5224):

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend

EVALUATION UND MÖGLICHER ANPASSUNG DES TAXIGESETZES

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Forderung nach einer Evaluation des bestehenden Taxigesetzes und befürwortet die Prüfung allfälliger gesetzlicher Änderungen. Die tiefgreifenden Veränderungen im Taximarkt, verursacht durch die Digitalisierung und das Aufkommen neuer Fahrdienstleister, haben einen erheblichen Einfluss auf die

Marktbedingungen und die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer. Änderungen bei der Erteilung von Taxifahr- und Taxibetriebsgenehmigungen bieten in dem Zusammenhang allenfalls die Möglichkeit zur Verbesserung der Marktfunktionalität.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Durch die Evaluation des Taxigesetzes wird sichergestellt, dass das Gesetz den Veränderungen des Marktes gerecht wird.

✓ Zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktes im gewerblichen Personentransport erscheinen Gesetzesänderungen erforderlich.

► Wir bitten Sie, den Anzug Beda Baumgartner und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 130 (24.5248):

Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend

STÄRKUNG DER DUALEN BERUFSBILDUNG DURCH BESSEREN EINBEZUG DER WIRTSCHAFT

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt nachdrücklich die Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schulen, Wirtschaft und Verbänden. Die Zusammenarbeit ist entscheidend für die Stärkung des Bewusstseins für die Möglichkeiten der Berufsbildung. Es ist unabdingbar, dass die Lehrpersonen in allen Leistungszügen über das relevante Wissen zur Berufsbildung verfügen und dieses systematisch an die Schülerinnen und Schüler weitergeben können. Die Verankerung der Berufsbildung in den Lehrplänen und der Einbezug von Wirtschaft und Verbänden in die Laufbahnberatung sind zentrale Massnahmen, um den Jugendlichen die vielfältigen Möglichkeiten einer Berufslehre aufzuzeigen. Mit diesen Massnahmen kann der Bildungserfolg vieler Jugendlicher langfristig gesichert und damit ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt geleistet werden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist in dem Zusammenhang bereit, die notwendigen Schritte zu unterstützen und gemeinsam mit allen Beteiligten an der erfolgreichen Umsetzung dieser Forderung mitzuwirken.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Unternehmen haben Zugang zu einer grösseren Zahl an potenziellen Bewerberinnen und Bewerber, wodurch sich die Kosten und der Aufwand für die Rekrutierung neuer Auszubildender verringern.

✓ Durch die Zusammenarbeit mit den Schulen können Unternehmen Einfluss auf den Lehrinhalt nehmen und sicherstellen, dass dieser den Anforderungen des Marktes entspricht.

► Wir bitten Sie, den Anzug Daniel Seiler und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 144 (24.5270):

Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend

GAUBEN ERLAUBEN - UND AUCH DACHEINSCHNITTE, BITTE

Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst den Vorschlag, dass der Regierungsrat die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften bezüglich Dachgauben und Dacheinschnitten im Bau- und Planungsrecht prüft. Die geltenden Regelungen erschweren derzeit die Umsetzung solcher baulicher Massnahmen erheblich. Zudem gestaltet sich das Bewilligungsverfahren für Dachgauben oft langwierig, wodurch Verzögerungen und Mehrkosten entstehen. Die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften bezüglich Dachgauben und Dacheinschnitten ermöglicht die Aktivierung und Nutzung bisher ungenutzter Flächen und Bereitstellung von dringend benötigten neuen Wohnraum. Zudem kann damit dem Bedürfnis der Bevölkerung nach grosszügigeren Wohnungen entsprochen werden. Insgesamt wird dadurch der Wohnungsknappheit durch Nachverdichtung im Bestand entgegengewirkt und ein Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung geleistet.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften für den Einbau von Dachgauben beschleunigt den Planungs- und Bauprozess und erhöht damit die Attraktivität von Investitionen in den Dachausbau.

► Wir bitten Sie, den Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.



Gewerbeverband Basel-Stadt

Elisabethenstrasse 23

Postfach

4010 Basel

+41 61 227 50 50

info@gewerbe-basel.ch

[kmu-check abmelden](#)